CHINA

Langer Arm des Zensors

Ex-Premier Li Peng, 81, einer der Hauptverantwortlichen für das Massaker vom Tiananmen-Platz 1989, kann seine Sicht der Ereignisse nicht öffentlich machen – weder auf dem Festland noch in der Sonderverwaltungsregion Hongkong. Der ehemalige Regierungschef hat seine Memoiren geschrieben, doch nur ein paar ausgewählte Funktionäre durften sie lesen. Gleichwohl gelangte ein Manuskript nach Hongkong, wo der Verleger Bao Pu einige tausend Exemplare drucken ließ. Auf Intervention von KP-Kadern musste er das Vorhaben „wegen Urheberrechtsproblemen“ stoppen. Kritiker schließen daraus, dass der Arm von Pekings Zensoren auch dorthin reicht. Der Herausgeber hatte 2009 die Erinnerungen von Zhao Ziyang veröffentlicht, der infolge des Blutbads als Parteichef abgesetzt wurde und bis zu seinem Tod 2005 unter Hausarrest saß. Um sich reinzuwaschen, stellt sich sein Gegenspieler Li nun als treuer Gefolgsmann dar. Er habe dem KP-Patriarchen Deng Xiaoping gehorcht, der bereit war, „einiges Blut zu vergießen“, um die Proteste der Studenten zu unterdrücken. Die KP versucht das Tiananmen-Massaker aus dem Gedächtnis der Bevölkerung zu tilgen.

TYRONE SIU / REUTERS

Li-Peng-Memoiren in Hongkong

SIMBABWE

Diamanten für Freunde

Dem Kimberley-Prozess – eine Vereinbarung von 75 Staaten zur Herkunftsdeklaration von Diamanten – droht ein Rückschlag. In Tel Aviv konnte sich der Club vor zwei Wochen weder auf eine Fortsetzung noch auf ein Ende des bestehenden Verbots für Diamanten aus Simbabwe verständigen. Nun kündigte die Regierung in Harare an, aus ihren Lagerbeständen Steine für über eine Milliarde Dollar zu verkaufen. Noch immer kontrollieren die Sicherheitskräfte von Staatschef Robert Mugabe die 68 500 Hektar große Marange-Mine im Osten Simbabwes, eines der ergiebigsten Diamantenfelder der Welt. Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen belegen, dass Minenarbeiter dort ermordet, gefoltert oder zur Arbeit gezwungen werden. Der Erlös der Diamanten kommt überwiegend der Armee und der politischen Elite in Harare zugute.

Nun wächst die Kritik an dem Abkommen. „Der Kimberley-Prozess riskiert, bedeutungslos zu werden, wenn er diese anhaltenden Übergriffe ignoriert“, sagt Rona Peligal, die Afrika-Chefin von Human Rights Watch. Und Elly Harrowell von Global Witness meint, in den letzten Jahren habe fehlender politischer Wille den Kontrollprozess schwer beschädigt. Der Anteil sogenannter Blutdiamanten – Stei-

STEUERFLÜCHTLINGE

Rückzugsparadies für Europas Reiche

Mit zweistelligen Zuwachsraten seines Finanzsektors wird Panama zum neuen Vorzugsziel von Steuerflüchtlingen vornehmlich aus Europa. Die glänzenden Geschäfte der Banken haben inzwischen einen Boom der gesamten Wirtschaft ausgelöst. Panamas Geldhäuser übernehmen große Beträge, die bislang vor allem in den Safes etwa von Schweizer oder Liechtensteiner Banken lagerten. Seit dem 14. Februar 2008, als Klaus Zumwinkel, der einstige Chef der Deutschen Post, mit seinem Schwarzgeld-Depot in Liechtenstein aufflog, sind die europäischen Banken den Steuersündern und Geldwäschern des Kontinents nicht mehr sicher genug. Sie verlegen ihre Depots und Finanztransaktionen in andere Regionen. Panama, mit dem US-Dollar als Zahlungsmittel, kommt in dem Milieu offenbar besonders gut an. Dort könne jeder, behaupten Anlageexperten, billig und unbürokratisch eine Stiftung, einen Fonds

ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Finanzzentrum Panama-Stadt

Minenarbeiter in Marange

TSVANGIRAYI MUKWAZHI / AP

ne aus afrikanischen Bürgerkriegsgebieten, die den Konflikt finanzieren – war nach der Einführung des Herkunftszertifikats von rund 15 auf 1 Prozent des Welthandels geschrumpft. Das dürfte sich nun ändern. Fachleute schätzen das Potential der Marange-Mine auf bis zu 1,7 Milliarden Dollar jährlich. Der Verkauf einer Jahresproduktion wäre nicht nur ein massiver Anschub für Simbabwes Wirtschaft, die 2009 ein Bruttoinlandsprodukt von nur 4,4 Milliarden Dollar erzielte. Er würde auch die Position von Präsident Mugabe stabilisieren, der mit einem Teil der Erlöse seine Freunde und Unterstützer in Partei und Armee an sich bindet.

oder eine anonyme Briefkastenfirma gründen. Zu den Neukunden panamaischer Banken zählen in den vergangenen Monaten vermehrt reiche Spanier, denen die gewohnten Anlageplätze in Europa nicht mehr sicher genug sind. Überdies hat der spanische Fiskus Ermittlungen gegen 1500 mutmaßliche Steuerflüchtlinge eingeleitet, die bis zu sechs Milliarden Euro bei der HBSC in der Schweiz gebunkert haben sollen. Selbst der kalabrischen Mafia-Gruppe 'Ndrangheta scheint es in Panama zu gefallen. Die Mailänder Staatsanwaltschaft behauptet, die Gangster hätten auch dort mit Hilfe zweier Telekommunikationsunternehmen bis zu zwei Milliarden Euro gewaschen.

NAHOST

Gaddafi nach Gaza?

In den kommenden Wochen erwartet der Gaza-Streifen einen regelrechten Ansturm hochrangiger ausländischer Besucher. Nach der Lockerung der Handelsblockade will Israel seine Grenze zum palästinensischen Küstenstreifen jetzt auch für Vertreter befreundeter Regierungen öffnen. Die Einladung von Israels Außenminister Avigdor Lieberman an seine Amtskollegen in der Europäischen Union sei „kein luftleeres Gerede“ gewesen, bestätigte ein israelischer Diplomat dem SPIEGEL. Hinter den Kulissen werden bereits die Modalitäten ausgearbeitet. Geplant ist der Besuch von bis zu sieben EU-Außenministern, darunter Italiens Franco Frattini und Deutschlands Guido Westerwelle. Zur Bedingung machen die Europäer allerdings ein weitgehendes Ende der israelischen Blockade. Israel will dem insofern nachkommen, als dass es demnächst auch dringend benötigtes Baumaterial in den Gaza-Streifen lassen will.

Die arabischen Staaten planen ebenfalls eine Besuchsoffensive. Den Anfang soll der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi machen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, sondierte entsprechende Pläne bei seinem Besuch in Libyen vergangene Woche. Anders als die EU-Vertreter würde der Libyer über Ägypten einreisen und sich auch mit der Hamas-Regierung treffen. Die EU-Außenminister dagegen wollen sich auf keinen Fall für Propagandazwecke missbrauchen lassen.

ORLANDO SIERRA / AFP

Gewerkschaftsdemonstration in Tegucigalpa

HONDURAS

Zwischen den Fronten

Ein Jahr nach dem Sturz von Präsident Manuel Zelaya droht dem mittelamerikanischen Land womöglich erneut ein Putsch. Der neugewählte Staatschef Porfirio Lobo, ein reicher Rinderzüchter, warnte davor, dass die rechtsgerichtete Oligarchie erneut einen Staatsstreich plane. Einflussreiche Unternehmer hatten sich mehrmals in der Hauptstadt Tegucigalpa getroffen, um über „radikale Aktionen“ gegen den Präsidenten zu beraten. Farmer und Geschäftsleute sind gegen eine Erhöhung des Mindestlohns um 30 Prozent, wie die Gewerkschaften fordern. Den hatte schon Lobos Amtsvorgänger Zelaya um 38 Prozent auf knapp 300 Dollar anheben wollen und damit seine gewaltsame Absetzung provoziert. Jetzt muss Präsident Lobo gleich an mehreren Fronten kämpfen. Auf der einen Seite bedrängen ihn die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen mit Demonstrationen, sie fordern die Rückkehr Zelayas aus dem Exil in der Dominikanischen Republik. Die Oligarchen, die seit Jahrzehnten in dem verelendeten Kleinstaat das Sagen haben, betrachten Lobo dagegen als Verräter an ihrer Klasse, weil er der Einsetzung einer Wahrheitskommission zugestimmt hat, die Menschenrechtsverletzungen während des Putsches aufklären soll. Überdies erkennen wichtige lateinamerikanische Staaten wie Brasilien oder Argentinien Lobo weiterhin nicht an und unterstützen noch immer den Vorgänger.